

**Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat****Upgrade SAP Einwohnerkontrolllösung (EWK); Projektierungs- und Investitionskredit****1. Worum es geht**

Mit SRB 354 vom 27. Oktober 2005 hat der Stadtrat einem Investitionskredit von Fr. 2 478 000.00 für die Ablösung der damaligen Einwohnerkontrolllösung (Eigenentwicklung auf IBM-Grossrechnersystem) zugestimmt. Während den Jahren 2005 bis 2007 haben die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) in Verbindung mit der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) anlässlich des Projekts NEWOD (Neue Einwohnerdienste) die damalige Einwohnerkontrolllösung durch die heute betriebene SAP Einwohnerkontrolllösung (EWK) mit der externen Unterstützung seitens SAP AG abgelöst und per August 2007 produktiv in Betrieb genommen. Seither war die Firma Deloitte AG für die Weiterentwicklung und Unterstützung des Produkts verantwortlich. Die offizielle Wartung der heute eingesetzten SAP EWK-Version ist seit gut zwei Jahren ausgelaufen, ein Weiterbetrieb der heute eingesetzten Software-Version führt im Falle von Supportarbeiten zu höheren Wartungskosten und geht mit einem erhöhten Betriebsausfallrisiko einher. Aufgrund der vorliegenden Situation muss für die Einwohnerkontrolllösung ein Versionswechsel (Upgrade) durchgeführt werden. Dadurch können die Wartungskosten sowie die damit zusammenhängenden Risiken minimiert werden.

Dieses Upgrade besteht aus einem technischen wie auch einem applikatorischen Teil und ist in enger Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen Informatikdienste (ID) und Polizeiinspektorat (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei [EMF]) durchzuführen. Mit dem Upgrade werden den EMF eine benutzerfreundlichere Oberfläche sowie neue Funktionalitäten und Prozesse zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören insbesondere die Verbesserung und Optimierung der Prozesse im Rahmen der Vaterschaftsaufhebung, der Trennungsaufhebung, dem Vertreterwechsel, der Eheschliessung und der Nichtigkeit von Einbürgerungen. Diese und weitere Prozesse können aktuell nur mit einer komplizierten und umständlichen Umgangslösung ausschliesslich durch Superuserinnen und Superuser durchgeführt werden. Die damit in Verbindung stehenden Medienbrüche sind systemtechnisch nicht kohärent, sind fehleranfällig und führen zu Verzögerungen in der Abwicklung der Geschäftsfälle. Mit dem vorgesehenen Update lassen sich diese Mutationen medienbruchfrei ausführen.

Die heutigen Papiermeldungen, welche aus dem Personenstandsregisters Infostar des Bundesamts für Justiz von den Kantonalen Zivilstandsämtern an die Einwohnerdienste gereicht werden, entfallen per 1. Januar 2015 und werden ab diesem Zeitpunkt nur noch über ein elektronisches Meldewesen sichergestellt. Diese Anforderung bedingt Anpassungen in der EWK-Lösung, die nur auf der Basis der neuen Software-Version, welche seit Frühjahr 2014 zur Verfügung steht, durchgeführt werden können. Durch diese zusätzliche Anforderung seitens Bundesamts für Justiz muss der Upgrade möglichst bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Ansonsten sind die Arbeiten geprägt durch zusätzliche Medienbrüche, welche durch manuelle Tätigkeiten abgearbeitet werden müssen.

Im Verlaufe des 2014 führen auch die Städte Biel und Zürich den Upgrade der EWK-Software-Version durch. Ein Gleichstand der Software-Versionen in den Städten Bern, Biel und Zürich ermöglicht einen optimierten Synergienutzen, welcher sich auf die Wirtschaftlichkeit der EWK-Anwendung positiv auswirkt. Somit können beispielsweise künftige Anforderungen, welche alle drei

Städte betreffen, gemeinsam realisiert und somit die Kosten aufgeteilt werden. Eine Alternative zum erwähnten Versionswechsel gibt es zum heutigen Zeitpunkt nicht. Eine Ablösung des bestehenden Systems käme viel teurer zu stehen und wäre aufgrund der in den Jahren 2005 - 2007 getätigten Investitionen nicht wirtschaftlich.

## **2. Projektvorgehen und formale Ergebnisse**

### *2.1 Zielsetzungen des Projekts*

Das geplante Projektvorhaben verfolgt mit den beiden Vorhaben „Technischer Versionswechsel SAP CRM 4.0 → SAP 7.0“ und „Applikatorischer/Funktionaler Versionswechsel EWK 1.0 → EWK 2.0“ die folgenden Zielsetzungen:

- Risikominimierung durch den Einsatz der aktuellen Software-Version
- Wirtschaftlichere und planbarere Wartungs- und Betriebskosten über die nächsten mindestens fünf Jahre (2015 - 2019)
- Bereitstellung einer benutzerfreundlicheren Anwendung
- Optimierung bestehender Funktionalitäten und Prozesse
- Nutzung zusätzlicher bzw. neuer Funktionalitäten
- Synergienutzung mit den Städten Biel und Zürich

Im Rahmen der Projektarbeiten steht der Know-how-Transfer und Wissensaufbau sowohl in technischer (ID) wie auch applikatorischer/funktionaler (EMF) Sicht im Hauptfokus. Zur Sicherstellung der geforderten Ergebnisse sowie derer Qualität werden für die Abwicklung des Projekts alle betroffenen Organisationen der Stadtverwaltung eingebunden. Details dazu sind der nachfolgend aufgeführten Projektorganisation zu entnehmen.

### *2.2 Projektorganisation*

Die Projektorganisation setzt sich aus der projektauftraggebenden Stelle, im vorliegenden Fall den Informatikdiensten, der Projektleitung und dem operativen Projektteam bestehend aus zwei Teilprojekten zusammen. Eines der Teilprojekte bearbeitet insbesondere die fachspezifischen, betrieblichen und organisatorischen Belange und wird unter dem Teilprojekt „Business“ geführt, beim anderen Teilprojekt steht die Definition der notwendigen technischen Infrastruktur im Vordergrund, dieses wird unter dem Teilprojekt „Basis/Infrastruktur“ geführt.

### *2.3 Projektergebnisse*

Die folgenden Ergebnisse resultieren aus dem geplanten Vorhaben:

- Lauffähiges EWK-Entwicklungs-, Test- und Produktivsystem basierend auf den neuen Versionen CRM 7.0 und EWK 2.0
- Aktualisierte System- und Anwendungsdokumentationen
- Durchgeführte Schulungen von Benutzenden
- Know-how Aufbau im Bereich Technologie

Das Sicherstellen der geforderten Ergebnisse erfolgt über die jeweiligen Projektphasen, welche sich aus der nachfolgend beschriebenen Projektplanung ableiten lassen.

## 2.4 Projektplan

Die Durchführung des Projekts ist für den Zeitraum September 2014 bis Februar 2015 geplant. Sie sieht eine produktive Inbetriebnahme per Mitte Dezember 2014 vor. Dadurch ist sichergestellt, dass die neue Anforderung seitens Bundesamt für Justiz (Empfang elektronischer Meldungen seitens Infostar) termingerecht umgesetzt werden kann.

## 3. Verschiebung oder Verzicht nicht möglich

Aus folgenden Gründen lässt sich das Vorhaben weder verschieben noch kann ganz darauf verzichtet werden:

- Aufgrund der ausgelaufenen Wartung von SAP CRM 4.0 besteht ein erhöhter Risikofaktor bezüglich eines Betriebsausfalls. In diesem Zusammenhang ist mit hohen und nicht quantifizierbaren Wartungs- und Supportkosten zu rechnen.
- Gesetzliche Anforderungen wie beispielsweise die Einführung des elektronischen Meldewesens seitens des Bundesamts für Justiz könnten nicht umgesetzt werden. Die Städte Biel und Zürich werden 2014 den Upgrade auf die neue EWK-Lösung durchführen. Ein Synergienutzen, welcher aktuell vorhanden ist, würde bei einer Nichtumsetzung des Projekts verloren gehen.
- Neue eCH-Standards müssten bernspezifisch implementiert werden, was zu höheren Realisierungskosten führen würde. Diese würden auch bei Eigenanforderungen der Stadt entstehen, da die Umsetzung auf einer veralteten und nicht mehr weiterentwickelten EWK-Version durchgeführt werden müssten.
- Erheblicher Mehraufwand oder Risiko einer Nichtumsetzung des laufenden eGov-Vorhabens A1.12 (Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug) welches eine aktuelle Version der EWK-Lösung voraussetzt.
- Den Benutzenden würden neue Funktionen und applikatorische Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

## 4. Investitionskredit

Für das Projekt werden folgende Aufwendungen in der Form von Investitionskosten veranschlagt:

Kostenpositionen	Interner Aufwand	Externer Aufwand	Total
Dienstleistungen <b>Informatikdienste</b>	Fr. 90 000.00		<b>Fr. 385 000.00</b>
<b>Projektmanagement:</b> Firma METTEX AG		Fr. 50 000.00	
<b>CRM Upgrade:</b> Firma NewVision GmbH		Fr. 65 000.00	
<b>EWK Upgrade:</b> Firma Deloitte AG		Fr. 180 000.00	
Hardware	-	Fr. 25 000.00	<b>Fr. 25 000.00</b>
Software / Lizenzen SAP	-	Fr. 140 000.00	<b>Fr. 140 000.00</b>
Reserve	Fr. 30 000.00		<b>Fr. 30 000.00</b>
<b>Total</b>			<b>Fr. 580 000.00</b>

Die externen Dienstleistungen für das Projektmanagement und den CRM Upgrade können unter Einholung von Konkurrenzofferten freihändig vergeben werden. Die Dienstleistungen für den EWK Upgrade können nur durch die Firma Deloitte AG sichergestellt werden. Die Firma Deloitte AG zeigt sich für das Produktmanagement der SAP EWK-Lösung verantwortlich und ist der einzige Dienstleister in diesem Bereich. Der vorerwähnte Betrag ergibt sich aus einer offiziellen Offertanfrage. Die Vergabe an die Firma Deloitte AG kann aufgrund der im Jahre 2013 durchgeführten Publikation „Absicht freihändige Vergabe: Wartung und Support SAP Einwohnerversoftware“ in Anlehnung an die in Artikel 7 der Verordnung vom 16. Oktober 2002 über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBV; BSG 731.21) formulierten Ausnahmen ebenfalls freihändig erfolgen.

Für dringende Projektarbeiten hat der Gemeinderat bereits einen Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 75 000.00 bewilligt, welcher im vorliegenden Gesamtkredit enthalten ist.

#### 4.1 Kapitalfolgekosten

Mit einer Abschreibungsdauer von fünf Jahren ergeben sich für den Investitionskredit folgende Kapitalfolgekosten:

Investition	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	5. Jahr
Restbuchwert	Fr. 580 000.00	Fr. 464 000.00	Fr. 348 000.00	Fr. 116 000.00
Abschreibung über 5 Jahre	Fr. 116 000.00	Fr. 116 000.00	Fr. 116 000.00	Fr. 116 000.00
Zins 2,28 %	Fr. 13 224.00	Fr. 10 579.20	Fr. 7 934.40	Fr. 2 644.80
<b>Kapitalfolgekosten</b>	<b>Fr. 129 224.00</b>	<b>Fr. 126 579.20</b>	<b>Fr. 123 934.40</b>	<b>Fr. 118 644.80</b>

#### 4.2 Betriebskosten

Die Gebühr für Pflege und Wartung der Software beläuft sich trotz des Upgrades auf nahezu unverändert Fr. 150 000.00 pro Jahr.

### Antrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die Umsetzung des Upgrades der SAP Einwohnerkontrolllösung einen Investitionskredit von Fr. 580 000.00 zulasten der Investitionsrechnung der Informatikdienste (MIP-Nr. I650 0054, Kostenstelle P650215).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 28. Mai 2014

Der Gemeinderat